Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

ANZEIGENPREIS: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den redaktionellen Teil einer Textzeile) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur während von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterhahnhofstraße 7

BEZUGSPREIS: Mit Post monatlich 2,50 RM (inklusive 18 Pfennig Postgebühr), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ausschließung des Bezugspreises

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterhahnhofstr. 7, Fernruf 17 256. Postscheckkonto: Dresden 15 000. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang | Dresden, Freitag den 3. Juli 1931 | Nummer 129

Protest-Kundgebung in Dresden verboten!

1000 Arbeiter wegen Spartakiadeabzeichen in Berlin verhaftet!

SPD-Fleißner verhängt Belagerungszustand gegen KPD in Leipzig

Dresden, 3. Juli

Die für heute geplante Massenkundgebung gegen Spartakiadeverbot und Polizeiüberfall auf durchreisende Spartakiadeteilnehmer in Dresden, wurde vom Polizeipräsidium Dresden verboten.

Momentaufnahme von der Verhaftung der roten Sportler am Poppitz

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat durch seinen Stellvertreter Dr. Weiß eine **geschlossene Funktionärversammlung der roten Sportler**, die laut nach den Bestimmungen der Notverordnung keiner Genehmigung bedarf, verboten. Das Polizeipräsidium teilte dem Wirt des Lokals mit, daß die Kundgebung (!) nicht genehmigt sei, weil die Funktionäre zum Verbot der Spartakiade Stellung nehmen würden! Im Laufe des gestrigen Tages wurden in Berlin **mehr als 1000 Arbeiter und Erwerbslose**, Frauen und Jugendliche verhaftet. Jeder Werktätige, der ein der Spartakiadeplakette ähnliches Abzeichen trug, wurde von der Polizei gestellt und verhaftet. **Polizeistreifen durchrasten die Straßen der Arbeiterviertel auf der Jagd nach Arbeitern, die ein Abzeichen trugen.** In überfüllten Lastautos wurden die Verhafteten nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Polizeibehörde begründet ihre Maßnahmen damit, daß die Verhafteten an Stelle des verbotenen Spartakiadeabzeichen **ein rotes Tuch mit der Aufschrift „Verboten" getragen hätten**, worin eine Umgehung des Verbotes zu erblicken sei.

Der Berliner werktätigen Bevölkerung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Leipzig, 3. Juli

Der Leipziger Polizeipräsident Fleißner hat die für gestern angemeldete Werbeversammlung der roten Sportler im geschlossenen Saale verboten. Einen Anlaß dafür kann Fleißner nicht einmal angeben. Er beruft sich einfach auf das Verbot in Berlin. Gleichzeitig wurden alle sportlichen Versammlungen und Demonstrationen, die „künftig stattfinden", also für unbestimmte Zeit, verboten. Ferner hat SPD-Fleißner sein Verbot aller kommunistischer Versammlungen unter freiem Himmel und aller Umzüge der KPD, das er zuerst für eine Woche aussprach, jetzt „bis auf weiteres verlängert"!

Der Terror gegen die KPD, und die roten Sportler, ist in der Wirkung ein Versuchen, die Volksmassen, die durch die Notverordnung ausgepreßt werden, niederzuhalten. Es ist kennzeichnend, daß gerade in Leipzig, dem Tagungsorte des SPD-Parteitages so ungeheuerliche Unterdrückungsmaßnahmen durch den SPD-Polizeipräsidenten, den „linken" Fleißner, durchgeführt werden. Die SPD ist und bleibt die Hilfspolizei des Kapitals und des Faschismus. Der Terror wird die Massenbewegung nur noch steigern. Das beweist Bulgarien, das beweist jeder Tag in Deutschland.

Wittenberge, 3. Juli. (Eigene Meldung.)

Die Polizei hat das Kampfbundjugendtreffen für die **Bezirke Berlin, Hamburg und Magdeburg**, das hier am 25. und 26. Juli stattfinden sollte, mit der Begründung, daß „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet" sei, **verboten**.

Die **Reichsleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit** erließ an alle roten Sportler **eine Aufforderung** folgenden Inhalts:

Das Polizeipräsidium hat alle Versammlungen und Veranstaltungen, die irgendwie mit der Spartakiade in Zusammenhang gebracht werden können, verboten. Wir fordern **alle Spartakiadeteilnehmer aus dem Reiche auf, nicht nach Berlin zu kommen**, ihre Radtouren und Wanderungen umzuleiten. Die bisher eingetroffenen roten Sportler befinden sich auf dem Heimwege. Jetzt heißt es, **alle Kräfte zu mobilisieren, um in den Landesgebieten und Agitationsbezirken den „Tag des roten Sports"** zu organisieren. Alle Sportveranstaltungen im Rahmen des Spartakiadeprogramms in Berlin fallen aus. Der 2. Reichskongreß der Kampfgemeinschaft findet am 8. und 9. Juli in Berlin nicht statt. Die **Neueinberufung**, Ort und Zeit derselben, werden in der gesamten Arbeiterpresse des Reiches noch bekanntgegeben.

Reichsleitung der Kampfgemeinschaft.

Den Regierenden wird die gewaltige Protestwelle in ganz Berlin und Deutschland zeigen, daß das Spartakiadeverbot nur eine Wirkung hat: Zehntausende neuer Arbeiter in die Reihen des roten Klassensports, Hunderttausende von neuen Kämpfern in die Reihen der revolutionären Einheitsfront.

Und neue Tausende werden der Partei der Fleißner, Severing und Grzesinski den Rücken kehren.

Der rote Pressesender funkt!

Unvorgesehene Rede im Düsseldorfer Funk

Düsseldorf, 3. Juli. (Eigene Meldung.)

Von bisher nicht bekannter Seite wurde am Mittwochabend plötzlich die Uebertragung des Westdeutschen Rundfunksenders durch einen Vortrag unterbrochen, der folgendermaßen begann:

„Achtung! Achtung! Hier ist der rote Sender der verbotenen kommunistischen Presse des Niederrheins. Wir senden, ob verboten oder nicht, trotz Notverordnung . . .".

Es folgte eine **äußerst scharfe Rede gegen die Notverordnung.** Die bürgerliche Presse, die die schärfste Verfolgung der Täter fordert, nimmt an, daß die Kommunisten auf freier Strecke zwischen Elberfeld und Langenberg die Leitung beschädigt und sich gewaltsam eingeschaltet haben. Der kommunistische Rundfunkvortrag hat großes Aufsehen erregt und bei den werktätigen Rundfunkhörern **Begeisterung ohnegleichen** ausgelöst.

Unser Sieg in Braunschweig

Wir stürmen vorwärts!

Von John Schehr

Mit verhaltener Wut muß die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse den Sieg des kommunistischen Volksbegehrens gegen die Nazi-Franzenregierung im Lande Braunschweig bestätigen. Noch vor einer Woche höhnte dieselbe Presse „Das kommunistische Volksbegehren ergebnislos!" Als wir vor einer Woche das siegreiche Volksbegehren mitteilten, sprach der sozialdemokratische „Volksfreund" Braunschweig von „grober Irreführung und bewußter Täuschung des kommunistischen Anhangs". Das für sie Unerwünschte ist eingetreten. Die Kommunistische Partei Niedersachsen-Braunschweig errang ihren größten Erfolg der letzten 1½ Jahre. Dieser große Vormarsch ist nicht das Ergebnis einer parlamentarischen Aktion, sondern das Ergebnis planmäßiger und systematischer außenparlamentarischer Massenaktionen im Kampfe um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Der Sieg von Braunschweig ist das Ergebnis des gewaltigen Klärungsprozesses, der sich zwischen den beiden Klassenfronten Kapitalismus und proletarische Revolution in Deutschland vollzieht. Das werktätige Volk flößt zum Kommunismus. Unaufhaltsam und sicher sammelt die Kommunistische Partei das werktätige Volk unter ihren zündenden Parolen um das bolschewistische Siegesbanner. Die Steigerungen in den Wahlergebnissen seit 1928 beweisen das auf das nachdrücklichste. Die Kommunistische Partei erhielt an Stimmen:

bei den Landtagswahlen 1928	12 954
bei den Reichstagswahlen September 1930	21 337
bei den Gemeindewahlen 1. März 1931	27 229
beim kommunistischen Volksbegehren am 21. Juni 1931	36 079

Diese Zahlen sind der eindeutige Beweis dafür, daß die rote Klassenfront unter der Führung der Kommunistischen Partei trotz allem Terror, trotz aller Niedertracht und Lüge wächst.

Der Erfolg unseres Volksbegehrens muß um so höher eingeschätzt werden, als unsere Partei aus eigener Kraft, mit Unterstützung parteiloser roter Wahlhelfer und oppositioneller sozialdemokratischer Arbeiter, gegen die ge-

Hungerdemonstration am Altmarkt

Dresden, 3. Juli.

Gestern mittag kam es in der inneren Stadt, Altmarkt, Webergasse, Seestraße zu großen Ansammlungen hungernder Erwerbsloser. Rufe: „Hunger", „Wir wollen Arbeit und Brot" erschollen. Es wurden heftige Proteste gegen Notverordnung und Spartakiadeverbot laut. Es bildeten sich auch spontane Demonstrationszüge. Die Polizei raste in Großkampfwagen heran und griff mit Gummiknüppeln ein. Die hungernden, erbitterten Arbeiter leisteten starken Widerstand. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor. Bei den Zusammenstößen gab es mehrere Verletzte. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet. Die werktätigen Einwohner der umliegenden Straßen gaben der Sympathie mit den Arbeitslosen Ausdruck.

Am Abend bildeten sich in der Kesselsdorfer Straße in Löbtau, Diskussionsgruppen, in denen das Verbot der Wölfnitzversammlung erregt besprochen wurde. Die daraufolgende fliegende Versammlung gab dem Ausdruck. Erst später erschien die Polizei und schlug wahllos auf Männer, Frauen und Kinder ein. Die Diskussionen und Demonstrationen, Straßenkundgebungen, dauerten bis zum späten Abend. Unter der Bevölkerung herrscht Empörung über das Vorgehen der Polizei gegen die Hungernden.

Abzug der Krisensteuer verhindert!

Streiks am 1. Juli / Lohnerhöhung durch Kampf durchgesetzt

Berlin, 3. Juli. (Eigene Meldung.)

Im Betrieb Märkische Textilwerke wurde der Betriebsrat durch die Belegschaft beauftragt, mit der Betriebsleitung über den Nichtabzug der Krisensteuer zu verhandeln. Unter dem Druck der Belegschaft mußte die Direktion zusichern, daß vorläufig die Krisensteuer nicht abgezogen wird!

Berlin, 3. Juli. (Eigene Meldung.)

Nachdem schon in der vorigen Woche ein Angriff der Direktion der Firma Telefon-Berliner auf die Akkordlöhne der Arbeiterinnen durch passive Resistenz abgewehrt wurde, traten am Mittwoch **80 Arbeiterinnen in den Streik** und erreichten, daß die Firma zusichern mußte, die **Akkordlöhne zu so erhöhen**, daß die Arbeiterinnen in Zukunft 73 bis 74 Pfennig anstatt wie bisher 68 und 69 Pfennig verdienen. Dies ist ein außerordentlicher Erfolg.

Die Belegschaft der Baustelle Gatscher der Firma Sommerfeld benutzte die **Abwehr der fristlosen Entlassung von 33 revolutionären Zimmerleuten**, um im gleichen Streik eine **Lohnforderung von 20 Prozent** zu stellen. Der Streik stand unter der **Führung des Roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe.** Nach vierstündigem Streik mußte die Firma **10 Prozent Lohnerhöhung** bewilligen und sämtliche gemaßregelten Kollegen wieder einstellen.

Schwarzenberg, 3. Juli. (Eigene Meldung.)

Für die Belegschaft des Betriebes Moritz Pilz, Schwarzenberg, soll ein neuer Lohnabbau, welcher am 8. Juli in Kraft treten soll, durchgeführt werden. In einer Belegschaftsversammlung wurde ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt und beschlossen: wenn bis Dienstag die Direktion die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt hat, tritt 22 Uhr bei Schichtwechsel die Brennerei in den Streik, da sie nicht gewillt ist, sich mit einer Verschlechterung ihrer Lage durch Notverordnung und Lohnabbau abzufinden. Die Kampfstimmung ist ausgezeichnet.